RC - BULLETIN

DISKUSSIONS- UND INFORMATIONSBLATT

III/1969

Republikanischer Club e. V. Berlin - 1 Berlin 15 - Wielandstraße 27 (II. Etage)
Telefon 883 40 75/76
PS Berlin West 1941 56

- Redaktion:
Solveig Ehrler
Sigi Stecher

Berlin, den
6. Februar 1969

Inhaltsverzeichnis

I. Außerordentliche Mitgliederversammlung am 8. Febr. 1969

II. Aus den Arbeitskreisen

III. Leserbriefe

IV. Über die Gründung der "Demokratischen Union"

V. Veranstaltungen des Republikanischen Clubs
1. EXTRA-DIENST und Außerparlamentarische Opposition
2. Veranstaltungskalender

I. Außerordentliche Mitgliederversammlung am 8. Februar 1969

Wie Sie bereits dem letzten RC-BULLETIN (II/1969) entnehmen konnten, wird die außerordentliche Mitgliederversammlung am 8. Februar 1969 um 15 Uhr im Gemeindehaus in Dahlem fortgesetzt.

Der frühe Zeitpunkt gestattet es, eine gründliche Diskussion über das im letzten BULLETIN veröffentlichte Konzept von Jörg Huffschmid, das vom derzeitigen RC-Vorstand mehrheitlich vertreten wird, zu führen. Im Anschluß an diese Diskussion müssen die noch nicht verabschiedeten Anträge der letzten Versammlung sowie Antragseinbringungen und neue Anträge behandelt werden.

Wir dürfen Sie erneut darauf hinweisen, daß nur Mitglieder des Republikanischen Clubs teilnahmeberechtigt sind (Inhaber von roten oder grünen Mitgliedskarten). Abstimmungsberechtigt sind persönlich anwesende Mitglieder, die mit ihren Beiträgen nicht mehr als drei Monate im Rückstand sind oder denen auf Antrag die Beiträge gestundet worden sind. Ihre Beiträge können Sie am Tage der Mitgliederversammlung am Eingang des Versammlungsraumes entrichten.

1. Klaus E. Diedrich

Dringlichkeitsantrag an die zweite außerordentliche Mitgliederversammlung 1969 des Republikanischen Clubs

Auf der letzten ordentlichen Mitgliederversammlung wurde beschlossen, daß künftig Delegiertenräte der Arbeitsgemeinschaften die Politik des Republikanischen Clubs bestimmen. Dies bedeutet ein systematisches Absterben bisheriger Vorstandsbürokratie. Die Rätedemokratie der Arbeitsgemeinschaften ist allerdings nur voll funktionsfähig, wenn die Arbeitsgemeinschaften finanziell unabhängig von der Clubbürokratie arbeiten können. Der bisherige politische Sekretär des Republikanischen Clubs sollte darum in Zukunft nur noch Koordinierungs- und Organisationsaufgaben wahrnehmen.

Um die Rätedemokratie des Republikanischen Clubs in ihrem Entwicklungsprozeß zu beschleunigen, beschließt die außerordentliche Mitgliederversammlung, daß die Mitglieder des Republikanischen Clubs künftig mindestens 30 % ihrer Mitgliedsbeiträge dem RC e.V. direkt für die Koordinierungsaufgaben und die wichtigsten Organisationsmittel zur Verfügung stellen. Die restlichen 70 % des Beitrages werden einer oder mehreren Arbeitsgemeinschaften oder dem RC e.V. nach freier Wahl des Mitgliedes direkt überwiesen.

Der jeweilige Sprecher jeder Arbeitsgemeinschaft übergibt vierteljährlich dem RC e.V. eine Liste aller eingegangenen Beiträge.

Nur mit Hilfe dieses Systems ist das rätedemokratische Prinzip unabhängig jeglicher bürokratischer Eingriffe echt funktionsfähig.

2. Antrag von Manfred Rexin, Dieter Koch u.a.

Die Mitgliederversammlung des Republikanischen Clubs stellt aus gegebenem Anlaß fest, daß der Club weiterhin Plattform und Kommunikationszentrum aller Gruppen und Strömungen der Berliner Linken sein soll. Diese Zielsetzung verpflichtet die Cluborgane, Beschlüsse und Aktionen auf einen breiten Konsensus zu gründen, bessere Voraussetzungen einer demokratischen Willensbildung unter den Clubmitgliedern zu schaffen und dabei insbesondere die Ansichten von Minderheiten zu tolerieren.

Der aus den Vertretern der Arbeitskreise und Aktivgruppen gebildete Delegiertenrat soll um 10 von der Mitgliederversammlung gewählte Vertreter erweitert werden.

3. Antrag des Delegiertenrates zum Antrag von Manfred Rexin, Dieter Koch u.a.

Der Delegiertenrat stellt an die außerordentliche Mitgliederversammlung am 9. Januar 1969 folgenden Änderungsantrag:

Die außerordentliche Mitgliederversammlung möge beschliessen: Aus dem, von Manfred Rexin, Dieter Koch u.a. gestellten Antrag wird der Passus "Der aus Vertretern der Arbeitskreise und Aktivgruppen gebildete Delegiertenrat soll um 10 von der MV gewählte Vertreter erweitert werden" gestrichen.

Am Sonnabend entscheiden Sie
über die Zukunft des Clubs .....

Schon heute über die .....

Anzeige

..... BERLINER RECHTSHILFE

Es ist bekannt, daß uns eine Welle von Prozessen wegen Beleidigung, Rädelsführerei, Aufruhr, Zusammenrottung, etc., etc. ins Haus steht. Die Beschuldigten - Studenten, Lehrlinge, Schüler, junge Arbeiter, Beamte u.a. - sollen die Kosten für ihre Verteidigung vor Gericht nicht allein aufbringen müssen.
Es wird ihnen aber nichts anderes übrig bleiben, wenn der Fluß der Spenden an den Rechtshilfefonds nicht wieder zunimmt.

Wir bitten alle Leser des BULLETINs, sich mit Spenden an der wirksamen Organisation der Verteidigung zu beteiligen und auch in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis für die Rechtshilfe zu werben.

Unser Konto: Republikanische Clubgesellschaft m.b.H.
Sonderkonto Rechtshilfe
Berlin 15, Wielandstraße 27
Konto-Nr. 2035 45 Postscheckamt Berlin-West

In der Bücherstube des RC sowie in fast allen Westberliner Buchhandlungen erhalten Sie die Publikationen des Republikanischen Clubs:

JOURNALISMUS IN DER AUSSERPARLAMENTARISCHEN OPPOSITION
Dokumentation und kritische Stellungnahme zum Berliner EXTRA-DIENST
mit Beiträgen von: Johannes Agnoli / Basisgruppe Wedding / Solveig Ehrler / Carl L. Guggomos / Dietrich Kreidt / Wolfgang Lefèvre / Horst Mahler / Detlef Michel / Dirk Müller / Peter Sörgel / Walter Weller
DM 1,50

DER 9. NOVEMBER 1918 - Materialien zur Ausgangslage der Novemberrevolution
DM 3,--

ÜBER DAS HERSTELLEN VON UNTERTANEN von E.A. Rauter
DM 1,--

VERKEHR ZWISCHEN GENITALEN FASSADEN - REIMUT REICHES REVOLUTIONIERUNG VON SEXUALITÄT UND SEXUALWISSENSCHAFT von Wolfgang Fritz Haug
Ab Sonnabend erhältlich: In der Bücherstube u. RC-Büro DM -,60

Von folgenden Broschüren sind noch eine beschränkte Anzahl erhältlich:

Berlin-Wirtschaft und Politik - im Kern gesund? DM 1,50

Scheitern die Gewerkschaften im Betrieb?
jetzt: DM 1,--

Springer enteignen?
jetzt: DM -,80

4. Antrag bzw. Fragen an den Clubvorstand von Helmut Neumann

a) Betrifft: Verlautbarung zur Landgerichtsaktion/Mahlerprozeß:
Hat Frau Solveig Ehrler im Namen des RC-Vorstandes, also im Namen der RC-Mitglieder gesprochen bzw. geschrieben, oder ihre Meinung als RC-Vorstandsmitglied, also ihre persönliche Meinung, herausgegeben.

b) Betrifft den Vorstand als Ganzes:
Laut Satzung versteht sich der Republikanische Club als Informationszentrum der demokratischen Linken · § 2 der RC-Satzung.

c) Betrifft: Die Radikalisierung:
Fördert, unterstützt oder wie sonst gedenkt sich der RC-Vorstand zur festzustellenden, vorwiegend unpolitischen Radikalisierung des politischen Klimas zu verhalten? Ist der RC-Vorstand der Meinung, daß diese Art der Frustration von potentiellen Anhängern seiner Unterstützung wert ist.

d) Betrifft: Vorfälle vor dem Rathaus Schöneberg anläßlich der Rehse-Urteil-Demonstration:
Wie stellt sich der RC-Vorstand zur SED-Westberlin unter Berücksichtigung der auf der letzten ordentlichen Mitgliederversammlung beschlossenen punktuellen Zusammenarbeit und was gedenkt er clubintern in dieser Frage zu unternehmen.

e) Betrifft: Cluböffentlichkeit - Gäste:
Ich beantrage beim RC-Vorstand die Wiedereinführung der Türkontrolle bzw. Ausweiskontrolle, um das politische Niveau der RC-Diskussionen wieder zu heben und einen Anreiz zum Beitritt zu bekommen.

f) Betrifft: Eventuelle Konsequenzen:
Ist der RC-Vorstand bereit, sich an die Richtlinien, die auf dieser außerordentlichen Mitgliederversammlung ausgearbeitet werden zu halten oder hält er an seinem Konzept fest bzw. tritt zurück.

5. Antrag von Peter van Spall

Es wird beantragt, den Mitgliedsbeitrag für Oberschüler, Lehrlinge und Studenten, die weder Lohn noch Gehalt beziehen, auf DM 3,-- im Monat festzulegen, um auf diese Weise die Mitgliederbasis mehr als bisher mit diesen am ehesten zu mobilisierenden Kräften zu verstärken und vor allem interessierten Jugendlichen technisch-organisatorische Möglichkeiten zur Verfügung stellen zu können.

6. Antrag von Klaus Ehrler zum 5. März 1969 vom 9. Januar 1969: Die bisherige Fassung des Antrages wird vom Antragsteller aus Termingründen zurückgestellt zugunsten des folgenden Resolutionsentwurfs, dessen Wortlaut von der Arbeitsgemeinschaft christlicher Friedensgruppen Westberlins und der Kampagne für Demokratie und Abrüstung (Ostermarsch) Regionaler Ausschuß Berlin am 1.2.1969 als Ausdruck gemeinsamen Verhaltens in der Berlin-Frage angenommen wurde:

BUNDESVERSAMMLUNG NICHT IN WESTBERLIN !

Die Wahl des neuen Bundespräsidenten soll am 5. März 1969 in Westberlin, das nach bestehendem Recht kein Land der Bundesrepublik ist, stattfinden.

Wir sehen darin eine Beeinträchtigung der Lebens- und Entwicklungsinteressen unserer Stadt, auch dann, wenn keine spektakulären Maßnahmen der DDR oder des gesamten Warschauer Paktes erfolgen. Kontinuierliche Einschränkungen der Existenzbasis Westberlins, die sich schon aus einer verstärkten Abwendung der mit Beginn des Jahres in Kraft getretenen Zollbestimmungen ergeben können, sind auf die Dauer einschneidender als kurzfristige Verkehrsstauungen wie die vom 7. April 1965, dem Tag der letzten Plenarsitzung des Bundestages in Westberlin.

Der Hinweis auf die letzte Bundespräsidentenwahl in Westberlin von 1964 bedeutet eine Verharmlosung der seither kritischer gewordenen internationalen Situation, nicht weniger auch der innenpolitischen Entwicklung, die durch Notstandsgesetzgebung und erstmalige Teilnahme von Vertretern der NPD gekennzeichnet ist.

Um des Weltfriedens und der Menschen unserer Stadt willen halten wir die Einberufung der Bundesversammlung nach Westberlin zum jetzigen Zeitpunkt aus folgenden drei Gründen für unklug und gefährlich:

1. Die Beziehungen zwischen der UdSSR und der neuen Regierung der USA, die für den Weltfrieden von entscheidender Wichtigkeit sind, werden durch derartige Prestigeakte von Organen der Bundesrepublik schwer belastet.
2. Die Bemühungen der Bundesregierung, mit der sowjetischen Regierung in aussichtsreiche Verhandlungen einzutreten, verlieren an Glaubwürdigkeit; wer störende Aktionen zuläßt oder veranstaltet, kann nicht auf gute Verhandlungsergebnisse hoffen.
3. Die zaghaften Versuche, die Zukunft Westberlins vertraglich zu sichern, würden durch den 5. März nicht nur gestoppt, sondern langfristig ihrer Grundlagen beraubt. Mit der zu erwartenden weiteren Beeinträchtigung ihrer alltäglichen Lebensbedingungen sollen die Westberliner wieder einmal die Zeche für die Bonner Politik bezahlen. Darüber hinaus muß man damit rechnen, daß die Bundesversammlung die in der Stadt ohnehin vorhandenen innenpolitischen Spannungen zu gewaltsamen Auseinandersetzungen steigert.

7. Antrag von Edgar Guhde

In Anbetracht der Identifizierung der Westberliner SED mit dem bürokratisch-staatsabsolutistischen Herrschaftssystem in der DDR verpflichtet die Mitgliederversammlung des RC vom 8. Februar 1969 den Vorstand, jegliche Zusammenarbeit mit dieser Gruppe zu verweigern. Die nach dem 21. August im RC u.a. von Klaus Meschkat zum Ausdruck gebrachte Haltung, nunmehr auch die "punktuelle" Zusammenarbeit mit der SED abzulehnen, ist beizubehalten bzw. wiederaufzunehmen. Besprechungen des Clubvorstandes oder einzelner seiner Mitglieder mit Vertretern des SED-Vorstandes im Zusammenhang mit Vorbereitungen auf Demonstrationen und ähnliche Aktionen haben zu unterbleiben. Angesichts der Beteiligung des ostdeutschen Staatswesens an einem Verbrechen gegen ein Grundprinzip des allgemeinen Völkerrechts und gegen die sozialistische Selbstbestimmung des tschechoslowakischen Volkes, angesichts der fortlaufenden Unterdrückung sozialistischer Kritiker im Innern dieses Staates, ist jedes Zusammengehen des Republikanischen Clubs mit der SED unmöglich,

da sonst der Anspruch linker und antiautoritärer Politik unglaubwürdig wäre und die notwendige Zusammenarbeit mit linksliberalen und anderen progressiven Kräften zerstört und damit die objektiv mögliche relative Massenbasis im Kampf gegen die Reaktion verengt würde. Gemeinsame Kundgebungen mit offiziell auftretenden Vertretern der SED widersprechen dem Willen der Mehrheit der Mitglieder des RC, deren Ziele im Gegensatz zur gesellschaftspolitischen Praxis und Staatsauffassung der SED stehen. -

Der Vorstand wird bei gegebenem Anlaß zu Demonstrationen gegen Verurteilungen ostdeutscher und sowjetischer sozialistischer Opponenten aufrufen, und zwar auch dann, wenn andere Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition sich solchen Aufrufen verschliessen sollten. Diese Aktionen sind selbstverständlich politisch und ideologisch von der Politik der etablierten Parteien abzusetzen. -

Die offensive kritische Auseinandersetzung mit den politischen Verhältnissen in Ostdeutschland und das Eintreten für eine sozialistische Demokratie auch in diesem Teil Deutschlands, in dem die in der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen niedergelegten Prinzipien garantiert und eingehalten werden, ist ein zwar sekundärer, jedoch unveränderlicher Bestandteil der Strategie des Republikanischen Clubs.

8. Antrag an die außerordentliche Mitgliederversammlung von Dr. Roland Reichwein

Der Vorstand und der Delegiertenrat des Republikanischen Clubs enthalten sich in Zukunft (bis zur Verabschiedung eines gegenteiligen Beschlusses durch eine ordentliche oder außerordentliche Mitgliederversammlung) jeder öffentlichen - über den Kreis der Clubmitglieder hinausgehenden - Verlautbarung oder Erklärung im Namen des gesamten Clubvorstandes bzw. seiner Mitgliederschaft, die die öffentlichen Aktivitäten bestimmter Aktionsgruppen des Clubs betreffen. Solche Aufrufe oder Stellungnahmen sind allein Angelegenheit der die jeweils angesprochenen Aktionen tragenden Aktionsgruppen des Republikanischen Clubs. Der Vorstand oder der Delegiertenrat des Clubs sind selbst keine Aktionsgruppen des Clubs. Öffentliche Aktionen des gesamten Clubs können vom Vorstand erst nach Befragung und Zustimmung einer Mehrheit von Clubmitgliedern öffentlich angekündigt und vertreten werden.

9. Antrag an die außerordentliche Mitgliederversammlung von Dr. Roland Reichwein

Der Clubvorstand veranstaltet 1 x im Monat einen öffentlichen Diskussionsabend, zu dem alle Gruppierungen der Westberliner Außerparlamentarischen Opposition durch den EXTRA-DIENST und das RC-BULLETIN eingeladen werden. Diese Diskussionsabende dienen ausschließlich der Auseinandersetzung über aktuelle politisch-strategische Fragen. Sie bilden kein Beschlußgremium, das den Clubvorstand oder den Delegiertenrat durch Mehrheitsbeschlüsse binden kann, denn dies fällt allein in die Kompetenz einer ordentlichen oder außerordentlichen Mitgliederversammlung.

Sie kann jedoch Anregungen und Empfehlungen an den Clubvorstand beschliessen. Die Themen der Diskussionsabende werden von den Eingelade-

nen schriftlich vorgeschlagen. Der Clubvorstand trifft eine Auswahl aus den vorgeschlagenen Themen und formuliert eine Tagesordnung, die im EXTRA-DIENST und RC-BULLETIN angekündigt wird. Die Themenauswahl und die Tagesordnung werden am Anfang der Diskussionsabende von einem Mitglied des Clubvorstandes begründet. In dieser Begründung müssen auch die nicht berücksichtigten Themenvorschläge genannt und ihre Zurückstellung oder Ablehnung begründet werden. Für die Eingeladenen und die zu erwartenden Teilnehmer an den monatlichen Diskussionsabenden sind die entsprechenden Räumlichkeiten ggf. auch außerhalb der Clubräume bereitzustellen bzw. zu mieten.

II. Aus den Arbeitskreisen

Aufruf zur Beteiligung am Arbeitskreis SOZIALISTISCHE KULTUR

Am 10. Januar 1969 konstituierte sich der Arbeitskreis SOZIALISTISCHE KULTUR im Republikanischen Club Berlin. Die Gründungsmitglieder gaben sich folgendes Selbstverständnis:

Der Arbeitskreis SOZIALISTISCHE KULTUR beabsichtigt nicht, theoretische Erkenntnisse zu erarbeiten, sondern er will sich praktisch bewähren.

Jede Gesellschaft und jede Zeitepoche entwickelt und produziert ständig neue und eigene Kulturformen. Der Arbeitskreis will sich besonders mit den in den 20iger Jahren entwickelten Formen des Agitprop-Theaters der Arbeiter-Laien-Bühnen beschäftigen. Dabei ist nicht daran gedacht, an die Formen des Straßentheaters der SDS-Gruppen vom Frühjahr 1968 anzuknüpfen, sondern es soll vielmehr versucht werden, die traditionellen Formen des Arbeiter-Theaters wieder zu beleben.

Außerdem will der Arbeitskreis dem sozialistischen Kampflied wieder eine neue Basis geben. In der DDR sind die alten Kampflieder der Arbeiter heute zu neuen Kunstformen entwickelt worden; bei uns sind sie fast völlig in Vergessenheit geraten. Darum soll versucht werden, einen Laienchor aufzubauen, der weniger vom künstlerischen Können als vielmehr vom persönlichen Engagement geprägt ist. Dieser Chor sollte bei Veranstaltungen und Demonstrationen auch öffentlich auftreten.

Der Arbeitskreis trifft sich in den Räumen des Republikanischen Clubs unregelmäßig, mindestens jedoch einmal im Monat, weil die Räumlichkeiten des Republikanischen Clubs für seine Arbeit wenig geeignet sind. Die Arbeitsbesprechungen im RC sind öffentlich.

Bisher ist der Arbeitskreis nur einmal öffentlich tätig geworden - das kulturelle Rahmenprogramm der Veranstaltung am 18. Januar 1969 im Audimax der TU zur griechischen Solidaritätskundgebung stellte der Arbeitskreis zusammen.

Die künstlerische Leitung des Arbeitskreises hat Peter Biesold; die organisatorische Leitung wurde vorerst dem Genossen Klaus E. Diedrich übertragen. Beide sind beauftragt, für den Arbeitskreis im Delegiertenrat zu sprechen.

Klaus E. Diedrich

Aufruf des ORDNERDIENSTES

Der Ordnungsdienst ist tot - es lebe der Ordnungsdienst!

Genossen, die schon etwas länger im antikapitalistischen Kampf und in der Außerparlamentarischen Opposition tätig sind, werden sich noch an den Ordnungsdienst (OD) der Berliner APO erinnern können. Auch jene Schlägerbanden, die am 1. Mai 1968 versuchten, sozialistische Demonstranten auf den "rechten" Weg zu prügeln, werden die APO-Mitglieder noch nicht vergessen haben, die damals noch nicht über Militanz diskutierten, sie aber bereits praktizierten.

Der damals so erfolgreiche Ordnungsdienst ist gestorben worden.
Warum?
Waren die Genossen nicht bereit, sich über eine längere Zeit einer revolutionären Disziplin zu unterwerfen?
Hat sich die Situation schon so zu unseren Gunsten verändert, daß die Teilnahme an Demonstrationen nicht mehr die Gefahr beinhaltet, von Wohlrabes Banden, von NPD-Anhängern oder von "bekrückten" Rentnern angegriffen zu werden?
Oder hat es die damalige OD-Spitze versäumt, aus dem Ordnungsdienst eine Lehranstalt für revolutionäre Helden zu machen?
Wenn keine dieser Fragen zutrifft, dann ist es unverständlich, warum es heute keinen OD mehr gibt. Wir wollen den OD wieder aufbauen.
Darum SUCHEN WIR Genossen, die in kritischen Situationen noch wissen, daß sie gute Nerven haben und sich nicht in wilde Prügeleien einlassen.
WIR BRAUCHEN keine Helden und keine Genossen, die bestimmte Situationen erst ausdiskutieren müssen.
WIR BIETEN Arbeit, Arbeit, wüste Beschimpfungen von allen Seiten und kein Geld (auch nicht aus dem "Osten"), weshalb wir das Geld für Porto und Briefumschläge von den OD-Mitgliedern eintreiben müssen.
WIR WOLLEN wieder eine Organisation schaffen, die keine Schlägereien provoziert, sondern sie verhindert. Notfalls und nur dann mit physischer Gewalt.

Interessenten werden gebeten, ihre Adresse im RC-Büro abzugeben oder 618 32 88 anzurufen.

Dies ist eine Nachschrift. Das Original wurde unterzeichnet von Michel Lang (JAK), S.O. Lehmann, Georg Tarrach, Jürgen Stiewe.

Neugründung eines Gewerkschaftlichen Arbeitskreises

Zur Ausnutzung aller sich bietenden Möglichkeiten in der Politik und Wirtschaft, ist es notwendig, einen gewerkschaftlichen Arbeitskreis zu bilden. Bedingung ist die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft. Diese Voraussetzung wurde bei dem aufgelösten Arbeitskreis gleichen Namens nicht beachtet, so daß dieser nicht zum Zuge kommen konnte. Für RC-Genossen, die keine Gewerkschaft von innen kennen, ist es einfach unmöglich, die Politik der einzelnen Interessengruppen zu übersehen und richtig einzuordnen. Die Debatten, ob es richtig oder falsch ist, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein, stehen in dem neuen Arbeitskreis nicht auf der Tagesordnung. Unsere Mitgliedschaft hat diese Frage eindeutig beantwortet.

Welche Aufgaben hätte der neue gewerkschaftliche Arbeitskreis?
In erster Linie einen Austausch von Informationen, wie die Politik und organisatorische Arbeit der Gewerkschaften sich in den Bereichen am

Arbeitsplatz oder außerhalb des Arbeitsplatzes auswirkt. Der Vorteil dieses Erfahrungsaustausches liegt auf der Hand. Zum Beispiel könnte der Arbeitskreis dem Vorstand des RC-Berlin wertvolle Hinweise zur Lage und Stimmung der werktätigen Bevölkerung geben. D.h. Informationen und Erfahrungen aus erster Hand, wobei wir als RC-Mitglieder auch Einfluß auf Entscheidungen des RC-Vorstandes nehmen können. Es gibt natürlich noch mehr Dinge, die der Arbeitskreis machen könnte. Über diese Fragen sprechen wir am besten am

Sonnabend, den 15. Februar 1969 - 18 Uhr 30
im Republikanischen Club.

Zur Gründung des Arbeitskreises wird jeder Teilnehmer gebeten, sein Gewerkschaftsbuch mitzubringen.

Rudi Keller

III. Leserbriefe

Kritik der reinen Vernunft oder:
Macht mal so weiter, ihr werden schon sehen, was ihr davon habt!

Heissa, Juhei! Rund geht's im APO Kindergarten. Schlagt euch nur gegenseitig die Schädel ein, so ist's richtig. Unsere kapitalistischen Pfefferärsche freuen sich und trinken noch eine Flasche Sekt auf euer Unwohl; denn bess're Mär vernahmen sie selten.

Wenn ihr, Genossen, eure Streitigkeiten noch intern abhandeln wolltet. Aber nein, das muß gleich in die Frontstadtblätter, wenn sich RC und ED an die Federn gehen.
Da haben wir nun ein einziges linkes Informationsblatt in Berlin, das prompt abbestellt wird, wenn so einem geistig Unterernährten ein Foto, ein Bericht oder die Nase des Redakteurs nicht paßt. Von wem pumpt er sich jetzt das Blatt?
Begreifen kann ich das ja noch von jenen, die ständig mit rotlackierten Scheuklappen herumrennen, denen das Wort Toleranz ein artfremder Begriff ist und deren gesunder Menschenverstand auf der Entwicklungsstufe eines ehnjährigen stehenblieb.
Wenn sich aber so honorige und intelligente Leute wie Rechtsanwalt Mahler und Peter Sörgel an solchen Spielerchen beteiligen, hört der Spaß auf, lustig zu sein.
Anstatt sich zusammenzuraufen, wie sich das für Genossen aller Schattierungen gehört; in dieser schweren aber durchaus günstigen Zeit einen geschlossenen Widerstandsblock gegen das kapitalistische Imperium zu bilden, zerfällt die Linke in immer mehr Gruppen und Grüppchen, - jede "die einzig richtige Lösung" präsentierend - und aus diesem Grunde sich gegenseitig bedrohend und beschimpfend. A propos: beschimpfend, wie wäre es, wenn ihr euer Vokabularium an Peter Handke weitergeben würdet, zwecks dramaturgischer Verarbeitung zu einer "Genossenbeschimpfung"?

Nun, ich bin Arbeiter und bin gegen die Kapitalisten und ich bin für den Sozialismus und ich bin liberal und ich bin tolerant: also ein liberaler Arbeiterscheißer. Nur, der Unterschied zwischen mir und einigen totalitären antiautoritären Genossen besteht darin, daß ich anfing, logisch denken zu lernen, während meine ach, so intelligenten Mitgenossen das Denken den Pferden überließen und sich ausschließlich dem Studium eingleisiger Literatur widmeten, die vor gut 60 Jahren modern und berechtigt war.

Da das gründliche Nachdenken nun mal im Eimer war, haben diese Genossen auch vergessen oder übersehen, WARUM die Genossen Marx und Engels ihre Ideologie entwickelten und daß gerade dieses WARUM heute noch genau so aktuell ist wie vor 2000 Jahren, als der erste Kommunist die Lebensbedingungen seiner Mitmenschen verbessern wollte und dafür von ihnen gekreuzigt wurde.
Dieses WARUM heißt Humanität, worunter zu verstehen ist Vernunft und Toleranz, unerbittlicher Kampf gegen Macht- und Habgier, Hilfe für die Schwachen und strenge Kontrolle der Regierenden.

Friedrich Axt

Herr Professor Gollwitzer, der eine Erklärung gegen die Ausweisung Bahman Nirumands nicht unterschreiben wollte, hat uns sein Schreiben an den Polizeipräsidenten zur Veröffentlichung übergeben:

"An den 27.1.1969
Herrn Polizeipräsidenten der Stadt Berlin
Herrn K. Hübner
1 Berlin 42, Tempelhofer Damm 1

Sehr geehrter Herr Polizeipräsident!

Sie haben, wie soeben gemeldet wird, den von Herrn Bahman Nirumand gestellten Antrag auf Verlängerung seiner Aufenthaltsgenehmigung für Berlin abgelehnt und ihn damit aus Berlin ausgewiesen. Es scheint mir nötig zu sein, daß Menschen, die sich für das geistige und politischen Leben von Berlin mit verantwortlich fühlen, Sie auf das Bedenkliche Ihrer Entscheidung hinweisen und deshalb nachdrücklich Einspruch gegen Sie erheben.

Es liegt kein strafrechtlicher Tatbestand gegen Herrn Nirumand vor. Für seine deutsche Frau und seine deutschsprechenden Kinder ist die Aufhebung der Aufenthaltserlaubnis und die Heimatlosigkeit, in die sie damit gestoßen werden, eine Katastrophe. Der in Ihrer Verfügung angegebene Grund, mit dem Auslaufen des Humboldt-Stipendiums sei auch der Zweck von Nirmands Aufenthalt in Berlin beendet, ist kein Grund; denn für einen Menschen, der studiert und gleichzeitig schriftstellerisch tätig ist, kann selbstverständlich das Ende eines Stipendiums nicht das Ende des Interesses sein, das er an dem Aufenthalt in einem bestimmten Land und einer bestimmten Stadt hat.

Es ist also für Ihre Verfügung kein anderer Grund sichtbar als der, der in den politischen Ansichten von Herrn Nirumand und in seiner auf Persien gerichteten politischen Tätigkeit liegt. Die Ausweisung besagt dann, daß unsere Stadt kein Ort für Ausländer mit solchen Ansichten und mit einer in Bezug auf ihr Heimatland oppositionellen Tätigkeit ist, daß also Berlin kein Asyl der Freiheit ist. Genau dies aber wäre eine wichtige Legitimation des Bemühens, die Unabhängigkeit von Westberlin aufrecht zu erhalten. Berlin als Asyl der Freiheit - das könnte dieses Bemühen in der internationalen Öffentlichkeit verständlich machen, so wie etwa die Schweiz im vorigen Jahrhundert ein Asyl für ausgezeichnete deutsche Männer gewesen ist, die wegen der damaligen Unfreiheit in Deutschland oppositionell tätig waren und flüchten mußten. Es mag mancher Berliner den Wunsch haben, Ausländer mit ihm unverständlichen oder ihm unangenehmen Ansichten möchten ausgewiesen werden; die Führung der Stadt Berlin darf diesen Wunsch nicht haben. Sie muß wissen, daß dasjenige internationale Ansehen, das für Berlin lebenswichtig ist, nicht zu sehr das einer ruhigen Stadt ist (wobei Herr Nirumand diese Ruhe ja noch nicht in gesetzwidriger Weise gestört hat), sondern das

einer freien Stadt. Wenn in Berlin auf beiden Seiten der Mauer Ruhe und Ordnung herrscht, aber auf keiner Seite der Mauer mehr die Freiheit zu finden ist, dann wird es sich auch nicht mehr lohnen, sich um die Selbständigkeit von Westberlin zu bemühen.

Ich bitte Sie deshalb, angesichts der Schädigung des Ansehens von Berlin infolge solcher Ausweisungsverfügungen Herrn Nirumands Aufenthaltsantrag zu genehmigen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez.: D. Helmut Gollwitzer

IV. Über die Gründung der "Demokratischen Union"

Am 25./26. Januar 1969 fand in Frankfurt/Main eine Konferenz statt, an der Mitglieder folgender Republikanischen Clubs teilnahmen: Hamburg, Lörrach, Sylt, Mannheim, Heidelberg, Darmstadt, Marburg, Leverkusen, Höchst, Bochum, Herne und Freiburg sowie Mitglieder von Schülergruppen, der AUD, VDNV, FSU, ADF, ehemalige Mitglieder der DFU und ADF.
Ziel und Ergebnis des gemeinsamen Treffens waren die Schaffung einer programmatischen Plattform sowie die Schaffung einer Organisation. Das Fehlen von Programm und Organisation werden ursächlich verantwortlich gemacht für Krisenerscheinungen in der Außerparlamentarischen Opposition und für eine "wachsende Isolierung gegenüber der Bevölkerung".

Das nachstehend veröffentlichte zusammenfassende Protokoll vermittelt einen Eindruck über das gesellschafts-politische Programm. Die Schwäche dieses Programms und die dürftige Begründung für oder gegen eine parlamentarische Strategie resultieren aber daraus, daß man die Diskussion um den Weg zum antiautoritär liberalen Idyll einer so skizzierten Gesellschaft ausgespart hat. Eine antiautoritäre, auf Vergesellschaftung der Produktions- und Informationsmittel aufgebaute Gesellschaft ist aber erst funktionsfähig, als eine nicht nur aufgeklärte, sondern klassenbewußte, von den Ideologien der bürgerlichen Gesellschaft befreite Gesellschaft. Die Außerparlamentarische Opposition verfügt bisher nicht über Massenmedien, die durch Information und Aufklärung Klassenbewußtsein zu schaffen vermögen, das wiederum die Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf um die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist, auch derer auf dem Sektor der Massenmedien. Ein Zirkel also der durch schöne "konkrete Utopien" nicht zu durchbrechen ist, nicht durch euphorische Stimmungen gemeinsamen Denkens und Wollens, sondern nur durch den permanenten Guerillakampf in den Bildungsinstitutionen und in den Produktionsbereichen der Gesellschaft. Antiautoritäre, dezentralisierte Praxis, nicht antiautoritäre Programmatik steht zur Diskussion.

Solveig Ehrler

"Kurz-Protokoll der Tagung der "Demokratischen Union":

Forderungen der DEMOKRATISCHEN UNION: Maximales Prinzip der Freiheit, gleiches Recht auf Aufklärung verschiedener Gruppen. Grundrechtlich gesicherter Zugang zu den Massenmedien. Gleichberechtigung von Meinungen.
Das Schwerpunktziel der DEMOKRATISCHEN UNION ist identisch mit dem realen Bedürfnis aller politsch progressiven Gruppen: Sie alle wollen öffentlich wirksame Aufklärung über ihre Zielvorstellungen. Das bedeutet für die Außerparlamentarische Opposition nach innen: Der Streit um "gemeinsame Linie" ist ideologisch überwunden.
Bedeutet inhaltlich: Die Gesellschaft wird mit verschiedenen Anschauungen über eine Sache konfrontiert. Sie muß sich eigenes Urteil bilden und selbst demokratisch die Entscheidung fällen (Mehrheitsabstimmung).

Als Beispiel: Die Argumente, die für die Anerkennung der DDR sprechen, werden gleichberechtigt mit gleichem Zeitraum in den Massenmedien vertreten, wie die Argumente der Gegner der Anerkennung. (Erfüllung des Rechtes auf freie Meinung). Im Plebiszit entscheidet die Mehrheit nach vorangegangener Aufklärung (potentielle Demokratie).

Gegenargument dogmatisch Antiautoritärer gegen DEMOKRATISCHE UNION: "Ihr seid liberal!" Antwort der DU: Wir kämpfen für politisch wirksame grundrechtlich gesicherte Freiheit - sie ist das Gegenteil desliberalen Freiheitsbegriffs (Freiheit der Kapitalstarken auf Kosten der Kapitalschwachen).

Gegenargument der ADF: "Ihr verbraucht kostbare Zeit mit der Diskussion. Unser gemeinsamer Feind ist der Faschismus. Ihr verhindert Einigkeit." Antwort der DEMOKRATISCHEN UNION: U n s e r gemeinsamer Feind ist die autoritäre Herrschaft der Monopolisten im Westen u n d die autoritäre Herrschaft der Parteibürokratie im Osten. In beiden Gesellschaftsstrukturen ist die Selbstbestimmung des Menschen, die w i r wollen, ausgeschaltet.

Die gemeinsame Basis aller Partner der DEMOKRATISCHEN UNION: Gleiches Recht auf öffentlich wirksame Aussage in den Massenmedien für die verschiedenen Inhalte der politischen Gruppen. Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Öffentliche Aufklärung über das Für und Wider der Vergesellschaftung unter Wahrung der Gleichberechtigung in den Massenmedien. Demokratische Entscheidung der Mehrheit über die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Auch über andere Grundrechtsfragen - Nahrung, Kleidung, Wohnung, Ausbildung, allgemeine Alters- und Krankenversorgung - muß nach vorangegangener gleichberechtigter Aufklärung durch die verschiedensten Gruppen in den Massenmedien demokratisch durch Mehrheitsabstimmung entschieden werden. Fazit: Die geistig-politischen Gruppen haben die Funktion der permanenten Aufklärung, das Volk allein hat das Recht der Entscheidung (Referendum). Die öffentlich wirksame Aufklärung geht unabhängig von der Mehrheitsentscheidung weiter.

Durch ihre politische Grundkonzeption entspricht die DEMOKRATISCHE UNION vollinhaltich dem antiautoritären Selbstverständnis der Außerparlamentarischen Opposition. J e d e r Partner der DEMOKRATISCHEN UNION kann ohne Kompromiss s e i n e Anschauungen zur Geltung bringen.

DEMOKRATISCHE UNION und Parlamentarismus: Die DEMOKRATISCHE UNION teilt die Auffassung der Antiautoritären, daß das gegenwärtige Parlament durch seine Struktur nicht in der Lage ist, die gesellschaftlichen Verhältnisse in Richtung Freiheit, Demokratie und Sozialismus progressiv zu verändern. Die Parteien sind nicht Instrumente des Volkswillens, der Wahlkampf ist eine Farce.

Die DEMOKRATISCHE UNION will trotzdem die Frage der Wahlbeteiligung prüfen. Sie hielte es für sinnvoll, ins Parlament einzuziehen, wenn sich reale Chancen dafür zeigen, weil damit die Möglichkeit gegeben wäre, das Parlament zur Tribüne einer wirksamen Aufklärung über die Mißstände unserer Gesellschaft und über die Grundlagen von Freiheit, Demokratie und Sozialismus zu machen.

Die DEMOKRATISCHE UNION als mögliche antiautoritäre Partei: Bisher wurde die "Einheit von Parteien" als Druck, Kompromiss und offenen Zwang (Fraktionszwang) gewaltsam erzwungen. Würde die DEMOKRATISCHE UNION aus der Selbstbestimmung ihrer Partner sich als Partei stellen, dann wäre die

Fraktionsfreiheit aller Gruppen und die Meinungsfreiheit aller Mitglieder das allein mögliche Grundprinzip einer solchen Partei. Alle Partner der DEMOKRATISCHEN UNION schliessen sich ja vor allem deshalb zusammen, um ihre Inhalte öffentlich wirksam vertreten zu können, - um d a f ü r zu kämpfen. Eine Majorisierung ist nicht möglich, weil alle Gruppen von Anfang an selbständig bleiben. Das wäre die Überwindung des alten Parteibegriffes.

Die DEMOKRATISCHE UNION und das Grundgesetz: Die DEMOKRATISCHE UNION vertritt die Auffassung, daß die Erfüllung der geistigen und materiellen Menschenrechte unserer Verfassung revolutionär ist. Sie kämpft für die Erfüllung der Menschenrechte der Verfassung, insofern steht sie auf dem Boden der Verfassung. Sie ist sich dessen bewußt, daß zum Beispiel die Erfüllung des Rechtes auf Meinungs- und Pressefreiheit eine grundlegende Veränderung des Rechtsstatus des Pressewesens erfordert. Sie ist sich auch dessen bewußt, daß die Erfüllung des Grundrechtes "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus" nur in der Richtung der Mehrheitsabstimmung über Grundrechte liegen kann.

Die DEMOKRATISCHE UNION sieht die Widersprüche, die in der Verfassung selbst liegen. So wird der Artikel "Wissenschaft und Lehre sind frei" durch das Grundrecht selbst aufgehoben, indem es verfügt, daß Schulen und Universitäten dem Einfluß des Staates unterliegen. Die DEMOKRATISCHE UNION weiß auch, daß die Person zwar formal in unserer Gesellschaft geschützt ist, daß es aber in Wirklichkeit keinen Schutz des Menschen vor den Gruppen und den Einzelnen gibt, die geistige und materielle Unterdrückung durch Kapital und Macht ausüben. Der freiheitlich demokratischen Aufforderung des Grundgesetzes an alle will die DEMOKRATISCHE UNION dadurch entsprechen, daß sie über die öffentlich wirksame Aufklärung die Mißstände aufdeckt und durch die demokratische Abstimmung die Möglichkeit schafft, sie immer wieder zu überwinden. -

Auf der Grundlage der gemeinsamen Basis aller Partner der DEMOKRATISCHEN UNION sollen die einzelnen Gruppen ihre Inhalte in Gleichberechtigung zur Diskussion stellen. Die Basisgruppen des RC Hamburg, RC Lörrach und RC Sylt legen eine spezielle Konzeption vor. Sie greifen den anti-autoritären Impuls der APO auf den drei Ebenen der Gesellschaft in der Ökonomie, in der Politik und in der Kultur, in verschiedener Weise auf.

Im rein wirtschaftlichen Bereich (Herstellung, Verteilung und Verbrauch von Waren) treten sie für Zusammenschlüsse von Verbrauchern ein. Der Zweck dieser Zusammenschlüsse liegt darin, dass die Verbraucher als gleichberechtigte Wirtschaftspartner sich zur Geltendmachung ihrer Bedürfnisse(Warenwünsche) zusammenschließen. Als gleichberechtigte Partner treten sie dem Interesse der Betriebsleitung entgegen. Durch ihren Zusammenschluß erzwingen sie einen Ausgleich der Interessen. Die Betriebsleitung wird auf die Wünsche der Verbraucher in punkto Qualität und Preis eingehen müssen, wenn diese nicht mehr ohnmächtige Manipulationsobjekte kapitalistischer Ausbeutung oder parteibürokratischer Wirtschaftsplanung sind. Die Interessen werden sich ausgleichen müssen, wenn jede Gruppe, also Betriebsleitung - Mitarbeiter und Verbraucher - ihre speziellen Interessen zur Geltung bringen kann. Die Basisgruppen Hamburg, Lörrach und Sylt gehen von der Erkenntnis aus, daß in keiner Gesellschaft die Interessen von Betriebsleitungen, Mitarbeitern und Verbrauchern identisch sind. Sie weisen das als abstrakte Theorie ab, die durch die Erfahrung widerlegt ist. Deshalb kommt es nach ihrer Auffassung darauf an, den Ausgleich der Interessen zu ermöglichen. Das setzt voraus, daß keine Gruppe die andere unterdrücken kann. (Anti-autoritäres Prinzip in der Wirtschaft).

Im politischen Bereich vertreten die Basisgruppen Hamburg, Lörrach und Sylt die Auffassung, daß die anti-autoritäre Struktur durch die demokratische Mehrheitsabstimmung über die Grundrechte realisiert werden muß. In den Bereich des Politisch-Rechtlichen gehört vor allem die Frage des Eigentums an Produktionsmitteln. Auch die Erfüllung des Rechtes auf Erziehung und Ausbildung, das heißt ihre Finanzierung aus den Mitteln der Gesellschaft, sowie die Erfüllung des Wohnrechtes, der Alters- und Krankenversorgung kann nach Auffassung der genannten Basisgruppen nur durch die Mehrheitsabstimmung nach vorangehender vielseitiger Aufklärung durchgesetzt werden. Die Autorität des Parlamentes findet ihren Ausgleich in der Autorität der Mehrheitsabstimmung. Die Mehrheitsabstimmung ist das Regulativ des Parlaments. Sie kann Parlamentsentscheidungen erneut zur Abstimmung stellen (Anti-autoritäres Prinzip in Staat - Volkssouveränität).

Für Schule und Kultur legen die Basisgruppen Hamburg, Lörrach und Sylt ein eigenes Modell vor. Sie treten für die volle Selbstbestimmung der Schulen und Universitäten durch die Lehrenden ein. Sie müssen unabhängig von staatlichem und wirtschaftlichem Einfluß den Inhalt und die Form ihres Unterrichtes selbst bestimmen können. Eltern bzw. Schüler und Studenten müssen die volle Freiheit haben, sich unter den bestehenden Schulen und Universitäten die Schule und die Universität auszuwählen, zu der sie aus eigener Erfahrung und eigenem Urteil wissenschaftlich und menschlich eine Vertrauensbeziehung haben. Die Finanzierung der Ausbildung erfolgt aus den Mitteln der Gesellschaft. (Erfüllung des Rechtes auf Erziehung und Bildung). Die Freiheit der Schulen und Lehrer findet ihren Ausgleich in der Freiheit der Schulwahl durch Eltern, Schüler und Studenten. (Anti-autoritäres Prinzip im Bildungswesen).

52 Personen erklärten sich bereit, Zeit und Kraft für die Agitation der DEMOKRATISCHEN UNION zur Verfügung zu stellen. Sie bildeten sofort nach der Konferenz ein Informations- und Koordinations-Komitee, das im Anschluß an die Konferenz seine erste Tagung abhielt. Das Informations- und Koordinationskomitee hat die Aufgabe, Informationen Einzelner und Gruppen an alle Partner der DEMOKRATISCHEN UNION weiterzuleiten. Bei der ersten Tagung des Komitees wurden verschiedene Projekte mit viel Humor, Entschlußfreudigkeit und Einsatzbereitschaft diskutiert. Man kann ohne Übertreibung sagen: Es war jeder Gegensatz zwischen Älteren und Jüngeren aufgehoben. Auch das Komitee ist von Alten und Jungen paritätisch besetzt. Der Auftakt der DEMOKRATISCHEN UNION läßt hoffen, daß sich endlich Jüngere und Ältere zu einem konstruktiven politischen Wollen für Freiheit, Demokratie und Sozialismus im gemeinsamen politischen Kampf verbinden. In Frankfurt/Main zeichnete sich hervorgehend aus der Stagnation der Außerparlamentarischen Opposition eine Widergeburt im Geiste der Freiheit ab.

Ich habe mir im letzten BULLETIN im Kommentar der MARXISTISCHEN SCHULUNGSGEMEINSCHAFT einen Fehler erlaubt, der zwar für meine Spontaneität spricht, nichtsdestoweniger unmarxistisches Denken verrät!

Ich schrieb: "Selbstredend ist eine Diffamierung der unterschiedlichen ...
Es muß heißen: "Selbstredend ist eine Differenzierung der ...."

Sigi Stecher

V. Veranstaltungen

1. EXTRA-DIENST und Außerparlamentarische Opposition

Die Außerparlamentarische Opposition war bisher außerstande, sich zu organisieren. Dieser häufig beklagte Zustand hat unter anderen seine Ursachen in der fehlenden Massenbasis und in der dezentralisierten politischen Praxis der Aktivgruppen (Betriebsarbeit, syndikalistische Berufsarbeit, ad-hoc-Gruppenarbeit in den Universitäten etc.) Eine um so wichtigere Funktion übernimmt ein Informationsdienst der Außerparlamentarischen Opposition.
Diese Funktion besteht in der organisierenden Wirkung einer Veröffentlichung von Diskussionen und Aktionen der Aktivgruppen. Erst eine derartige Informationsvermittlung ermöglicht konstruktive Kritik und Abbau der von der bürgerlichen Presse durch Personalisierung und Unterschlagung sachlicher Information verbreiteten Vorurteile.
Wir aber meinen, daß die Informationspolitik des EXTRA-DIENSTES diese Aufgaben nicht nur nicht zu erfüllen imstande ist, sondern daß er als einziges Informationsblatt der linken Bewegung Vorurteile und Popanzbildung der bürgerlichen Presse in gefährlicher Weise stabilisieren hilft.

Für uns ist daher die verbale und praktische Kritik am EXTRA-DIENST kein "Gruppenkleinkrieg", keine "Kindergarten"-spielerei, wie einige Genossen meinen, sondern eine eminent politische Frage.

Wir haben deshalb, wie bereits früher angekündigt, unter dem Thema "Journalismus in der Außerparlamentarischen Opposition" die Rundfunksendungen von Carl Guggomos und Johannes Agnoli vervielfältigt und durch kritische Beiträge an der Informationspolitik des EXTRA-DIENSTES ergänzt.

Diese Broschüre soll auch als Diskussionsvorbereitung für die EXTRA-DIENST-Diskussion am kommenden Freitag dienen (siehe Veranstaltungskalender).

DAS AUTORENKOLLEKTIV
DER BROSCHÜRE

Anzeige

In den meisten öffentlichen Kindergärten gibt es nicht nur zu wenig Plätze, sondern: die Kinder werden dort nach Richtlinien und Methoden erzogen, die den bürokratischen Bedürfnissen einer Verwaltung angepaßt sind und den unkindlichen Bedürfnissen der Erwachsenen entsprechen. Wir haben uns in den sozialistischen Kinderläden organisiert, um unseren Kindern eine ihren eigenen Bedürfnissen entsprechende Erziehung zu ermöglichen. Das Experiment unserer Läden (es sind inzwischen 11) droht aber an den Unkosten zu scheitern, die unsere finanziellen Möglichkeiten bei weitem übersteigen. Die Zusage des Senats von Berlin, uns einen Zuschuß von DM 80.000,-- zu gewähren, wurde an eine unsere gesamte Arbeit gefährdende Bedingung geknüpft, die wir nicht akzeptieren konnten. Deshalb sind wir auf unsere eigenen Mittel - vor allem aber auf Ihre finanzielle Hilfe - angewiesen.
Schluß mit dem verbalen Radikalismus - unterstützt die sozialistischen Kindergärten!
// Bank für Gemeinwirtschaft "Sozialistische Kindergärten" Kto. 5312 //
// Kinderladen Schöneberg e.V., Postscheckamt Berlin-West Nr. 2459 34 //

2. Veranstaltungskalender

1. Woche: Donnerstag, 6. Februar - Mittwoch, 12. Februar 1969

Donnerstag, den 6. Februar 1969 - 20 Uhr
Diskussion mit Mitgliedern des DELEGIERTENRATES und des VORSTANDES über die organisatorische und inhaltliche Durchführung der außerordentlichen Mitgliederversammlung am Sonnabend, den 8. Febr. 1969 (siehe auch Vorschläge des Delegiertenrates im BULLETIN II/1969)

Freitag, den 7. Februar 1969 - 20 Uhr
"Über die Informationspolitik des EXTRA-DIENSTES" - Diskussion mit Vertretern der ASTEN, der BASISGRUPPEN, des CLUBS, des SDS u.a.

Sonnabend, den 8. Februar 1969 - 15 Uhr
Fortsetzung der AUSSERORDENTLICHEN MITGLIEDERVERSAMMLUNG im Gemeindehaus Dahlem, 1 Berlin 33, Thielallee 1 - 3 (Ecke Königin-Luise-Straße)
Der Club ist geöffnet!

Sonntag, den 9. Februar 1969 - 20 Uhr
Jochen EBMEYER "Zum gegenwärtigen Stand der Rätediskussion"

Montag, den 10. Februar 1969 - 20 Uhr
Joachim FUNKE, K. WEGHORN "Bilanz und Perspektiven der Streikbewegung an der Freien Universität" (am Beispiel des Otto-Suhr-Instituts)

Mittwoch, den 12. Februar 1969 - 20 Uhr
Gerhard DÜMCHEN "Christentum, Marxismus und der utopische Ort"

2. Woche: Donnerstag, 13. Februar - Mittwoch, 19. Februar 1969

Donnerstag, den 13. Februar 1969 - 20 Uhr
Heinrich ALBERTZ "Westberlin 1969"

Freitag, den 14. Februar 1969 - 20 Uhr
Lorenz KNORR (DFU) "Währungskrise im Spätkapitalismus"

Samstag, den 15. Februar 1969 - 20 Uhr
Gerd BÖRNSEN, Nils KADRITZKE "Zur innerparteilichen Strategie und Bündnispolitik des SHB"

Sonntag, den 16. Februar 1969 - 20 Uhr
Dr. Volkmar BRAUN (Toxikologe) und Dr. David LUSCHNAT (Psychotherapeut) "Rauschgift und Politik - Ein Problem für die linke Bewegung?"

Montag, den 17. Februar 1969 - 20 Uhr
Öffentliche Veranstaltung der MARXISTISCHEN SCHULUNGSGEMEINSCHAFT mit Willi HUHN "Was ist eigentlich Marxismus?"

Mittwoch, den 19. Februar 1969 - 20 Uhr
Axel KAMMHOLZ und K. HOFFMANN (Jungdemokraten) "Unsere Auffassung über Wirtschaftstheorie"

Veranstaltungsvorschau (Änderungen vorbehalten!)

Donnerstag, den 20. Februar 1969 - 20 Uhr
Dr. Wolfgang Fritz HAUG "Verkehr zwischen genitalen Fassaden - Reimut Reiches Revolutionierung von Sexualität und Sexualwissenschaft"
Unter diesem Titel erscheint in der kommenden Ausgabe der NEUEN KRITIK ein Artikel von W.F. Haug. Einen Vorabdruck können Sie ab Sonnabend, den 8. Februar 1969, für DM -,60 in der Bücherstube des Clubs erhalten.

Freitag, den 21. Febraur 1969 - 20 Uhr
Heinz BRANDT (IG-Metall, Frankfurt) "Die Kluft zwischen Arbeitern und Studenten - unüberbrückbar?"

Montag, den 24. Februar 1969 - 20 Uhr
Otto GMELIN "Von der Machtfrage des antiautoritären Patriarchats der Republikaner und seinem gegensätzlichen Patriarchat in der Massenkommunikation und Dramaturgie des Fernsehens und dem Unvermögen unterprivilegierter Weiber, endlich den Mund aufzumachen"

Mittwoch, den 26. Februar 1969 - 20 Uhr
Dimitri MARAKAS (EDA) u.a. "Die Situation der griechischen Linken"

Donnerstag, den 27. Februar 1969 - 20 Uhr
Adolf STRAUB (Jungsozialisten) und Solveig EHRLER "Ist eine sozialistische Politik in der SPD möglich?"

Freitag, den 7. März 1969
CLUBDISKUSSION "Konsum und Klassenbewußtsein - Diskussion der Warenhausaktionen"

Mittwoch, den 12. März 1969 - 20 Uhr
Reimut REICHE und Wolfgang F. HAUG "Sexualität und Klassenkampf"

Donnerstag, den 13. März 1969 - 20 Uhr
Veranstaltung der MARXISTISCHEN SCHULUNGSGEMEINSCHAFT mit Dietrich WEDEPOHL "Kriminalität im spätkapitalistischen System"

Freitag, den 14. März 1969 - 20 Uhr
Dr. Arno KLÖNNE "Zur Organisationsproblematik der neuen sozialistischen Linken"